

überhaupt nicht als Teil oder Funktion der „Gesellschaft“ verstehen. Sie ist ein Volk, dessen größerer Teil sich gar nicht mehr auf dieser Erde befindet, sondern dort, wo er vereint ist mit den „himmlischen Mächten und den seligen Seraphim“, die in jeder Messe erwähnt werden. Ohne diese Perspektive wäre das Weltverhältnis der Christen fiktiv und kraftlos.

HK: Dies wäre dann schon Christentum jenseits des Christentums?

Spaemann: Die Zufriedenheit mit einer solchen partiellen Rolle würde mit der eigenen Wahrheit auch die Wahrheit des Menschen aufgeben. Der Glaube muß die direkte Redeweise ohne Anführungszeichen zurückgewinnen. In

der Verkündigung herrscht ja oft eine unglaublich verquälte Redeweise. Entweder man bewegt sich in einem theologischen Fachjargon oder redet nur so obenhin in einer verblasenen Art und ohne kognitiven Anspruch über Gott und den Menschen, d. h. ohne etwas Bestimmtes zu behaupten und ohne für die Folgerungen aus diesen Behauptungen einzustehen. Die Rückgewinnung einer direkteren und elementarerer Weise, die Gehalte des christlichen Glaubens auszudrücken, könnte dazu führen, auch die elementaren Wahrheiten unserer menschlichen Lebenserfahrung wieder zur Sprache zu bringen. Das christliche Dogma könnte so zur Zuflucht der Menschlichkeit des Menschen in einer technisch-wissenschaftlichen Zivilisation werden.

Der ÖRK am Scheidepunkt

Nach der siebten Vollversammlung in Canberra

Viele Teilnehmer und Beobachter der ÖRK-Vollversammlung in Canberra sprachen nach dem Treffen von einem verwirrenden und z. T. enttäuschenden Verlauf. Die über 800 Delegierten befaßten sich unter dem Motto „Komm Heiliger Geist – Erneure die ganze Schöpfung“ mit einer Fülle von theologischen und politisch-gesellschaftlichen Themen. Dabei wurden Spannungen sichtbar, die schon länger die Arbeit des ÖRK und das Verhältnis zu einem Teil seiner Mitgliedskirchen belasten, jetzt aber eine neue Standortbestimmung des Rates unausweichlich machen. Die zukünftige Rolle des ÖRK in der weltweiten ökumenischen Bewegung ist nach Canberra in vieler Hinsicht offen.

Die siebte Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen vom 7. bis 20. Februar in der australischen Bundeshauptstadt Canberra fand in zweifacher Hinsicht unter wenig glücklichen Auspizien statt. Zum einen wurde das Treffen der Delegierten aus den inzwischen 317 Mitgliedskirchen des Rates vom *Golfkrieg* überschattet, der lange und kontroverse Plenardebatten provozierte und dem die ausführlichste der wie immer zahlreichen politischen Stellungnahmen galt. Aber auch ohne diese aktuelle Herausforderung für das friedensethische Zeugnis der in Canberra vertretenen Kirchen hätte die Vollversammlung zu einem für den ÖRK heiklen Zeitpunkt getagt. Trotz mancher Anläufe und Versuche kam es in den Jahren seit der sechsten Vollversammlung von 1983 im kanadischen Vancouver (vgl. HK, September 1983, 402 ff.) nicht zu der notwendigen Selbstprüfung und Erneuerung des Rates als wichtigem Instrument und Teil der ökumenischen Bewegung. Der seit Anfang 1985 amtierende Generalsekretär *Emilio Castro* war zwar durchweg bemüht, Polarisierungen abzubauen und die divergierenden Strömungen zusammenzuhalten; er ließ es aber an mitreißenden und gleichzeitig realistischen Vorgaben für die Arbeit des ÖRK fehlen.

Nicht zuletzt die großen Weltkonferenzen der letzten Jahre blieben hinter den Erwartungen zurück. Bei der Weltmissionskonferenz von San Antonio (vgl. HK, Juli 1989, 326 ff.) tat man sich schwer beim Bemühen um ein gemeinsames Missionsverständnis angesichts der Spannungen zwischen Befürwortern des interreligiösen Dialogs als neuem Paradigma von Mission und einer bekehrungsorientierten, evangelikalischen Sicht, die sich gegen jede Relativierung der Heilsbedeutung Jesu Christi wendet. Die Weltversammlung von Seoul zu Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung (vgl. HK, April 1990, 159 f.) litt nicht nur unter erheblichen organisatorischen Mängeln, sondern belegte auch, welche tiefen Gräben zwischen den verschiedenen Kirchen und in ihnen bei der Analyse und Bewertung sozialer und politischer Probleme der Gegenwart verlaufen. Schon deshalb konnte von Seoul keine vergleichbare stimulierende Wirkung auf die Vollversammlung von Canberra ausgehen, wie sie die Verabschiedung der Lima-Erklärungen zu Taufe, Eucharistie und Amt für Vancouver gebracht hatte.

Ungleichgewichte im Ablauf der Versammlung

Bei der Gestaltung der siebten Vollversammlung wurden die negativen Erfahrungen von Vancouver offenbar nur unzureichend berücksichtigt. Auch diesmal wurde in der ersten Phase des Treffens sehr viel Zeit mit multimedial aufgelockerten Plenumsveranstaltungen vertan, während die Diskussionen und Abstimmungen der letzten Tage dann wie in Vancouver unter enormem Zeitdruck absolviert werden mußten und teilweise ziemlich chaotisch verliefen. Auch beim Treffen in Canberra hatte man wieder mit dem Handicap zu kämpfen, daß ca. 80 Prozent der über 800 Delegierten ihre Kirchen zum ersten Mal bei

einer Vollversammlung vertraten und viele Delegierte nur sehr unzureichend auf die Versammlung vorbereitet bzw. mit Aufgaben und Funktionsweise eines solchen Treffens vertraut waren. Nicht umsonst enthielt der Bericht des Ausschusses für die künftigen Programmrichtlinien in Canberra den Hinweis, den Delegierten sollte nachdrücklich empfohlen werden, sich eingehend mit dem theologischen und anderen Material zu befassen, das der ÖRK und seine Kirchen zur Vorbereitung auf die Vollversammlung veröffentlichten. Man müsse angesichts der Schwerfälligkeit und der bestehenden Strukturen der Vollversammlung fragen, ob sie tatsächlich eine funktionierende demokratische Entscheidungsfindung erlaube.

David Gill, Generalsekretär des Australischen Kirchenrates, meinte in einer Rundfunksendung nach der Vollversammlung, es sei unklar gewesen, was das Treffen letztlich sein wollte, eine „große Feier des christlichen Glaubens und ein Marktplatz der Ideen“ oder eine wirkliche Zusammenkunft von Kirchen, „die den Kurs der fragilen Sache bestimmen will, die wir ökumenische Bewegung nennen“ (Church Times, 1.3.91). Ganz ähnlich äußerte sich der Bochumer Theologe Konrad Raiser, früher stellvertretender Generalsekretär des ÖRK und ökumenisch vielfältig engagiert: Der Charakter eines „Weltkirchentages“ sei der Funktion der Vollversammlung als wichtigstem Entscheidungsgremium des Ökumenischen Rates der Kirchen nicht mehr angemessen.

Die *inhaltliche Arbeit* der Vollversammlung spielte sich vor allem in den vier Sektionen ab („Spender des Lebens, erhalte deine Schöpfung“; Geist der Wahrheit, mache uns frei“; Geist der Einheit, versöhne dein Volk“; „Heiliger Geist, verwandle und heilige uns“), die jeweils Berichte ausarbeiteten, an denen sich der sachliche Ertrag des Treffens ablesen läßt. Die Themen, die dabei im einzelnen aufgegriffen wurden, ergaben sich weitgehend aus der Arbeit des Ökumenischen Rates in den vergangenen Jahren und deren durchlaufenden Schwerpunkten und Akzenten: Das Spektrum reichte von der Reform der Weltwirtschaftsordnung über den Rassismus als eine der „schrecklichen Sünden der Menschheit“ (so der Bericht von Sektion II) oder die Bedeutung von Kommunikation für die Befreiung bis zum Missionsverständnis, der Auseinandersetzung mit fundamentalistischen und nationalistischen Ideologien und dem Verhältnis des ÖRK zu den Pfingstkirchen und charismatischen Bewegungen.

Daß die *ökologischen Probleme* mit ihren theologischen und politischen Herausforderungen für die Kirchen diesmal eine wichtigere Rolle spielten als bei der letzten Vollversammlung, war keine Überraschung. Innerhalb der von Vancouver herausgestellten Trias Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbewahrung bestand ja vor allem beim Thema Schöpfung/Umwelt ein Nachholbedarf, während die Bemühungen um Frieden und Gerechtigkeit schon seit Jahrzehnten auf der ökumenischen Tagesordnung stehen. Der Bericht der Sektion I von Canberra insistiert mit Nachdruck darauf, soziale Gerechtigkeit für alle Völker und „ökologische Gerechtigkeit“ für die ganze Schöp-

fung müßten Hand in Hand gehen. Er beschreibt Grundelemente einer am biblischen Schöpfungsverständnis orientierten Vision für einen sorgsameren und ganzheitlichen Umgang mit der Schöpfung. Zu dieser Vision gehört u. a. die Vorstellung von einer Technik, die „mit der Natur und ihren Geheimnissen arbeitet und sie nicht beherrscht“. Ein Haupthindernis für die Verwirklichung des biblischen Leitbildes für die Entfaltung der Schöpfung liege in Ideologien, die das Subjekt vom Objekt, den Geist von der Materie und die Natur von der Kultur trennen. Wahre, am Erhalt des Ökosystems orientierte Entwicklung wird bloßem Wachstumsdenken gegenübergestellt.

Für eine neue Weltwirtschaftsordnung

Nicht nur im Bericht der Sektion I, sondern auch anderswo auf der Vollversammlung hatten die Aussagen über die Wirtschaftsordnung eine *problematische Schlagseite*. Schon im Bericht von Generalsekretär Emilio Castro in Canberra hieß es, es sei gefährlich, die Marktwirtschaft zur Ideologie zu erheben, an der sich das ganze Leben der Menschen ausrichten müsse. Im Bericht der Sektion II wurde vor vorschnellen Hoffnungen auf die Marktwirtschaft angesichts des Zusammenbruchs der sozialistischen Staatswirtschaft in Osteuropa gewarnt und wurden die verheerenden Konsequenzen der am Markt orientierten Weltwirtschaftsordnung für die Mehrzahl der Weltbevölkerung beklagt. Dementsprechend standen in Canberra Forderungen nach einer Reform der Weltwirtschaft etwa durch neue Initiativen zur Bewältigung der Schuldenkrise vieler Entwicklungsländer, Kontrolle multinationaler Unternehmen und die Förderung örtlicher Selbsthilfebewegungen in den armen Ländern im Vordergrund.

Ein Delegierter der Kirche von England stellte in seiner Bilanz der Vollversammlung fest (Church Times, 22.2.91), der Ideologie des Ökumenischen Rates fehle es an Verständnis für „Modernität, Pragmatismus, auf Wissenschaft beruhende Technologie, sorgfältige Aufmerksamkeit für Wirtschaft und Ökologie“. Es war bezeichnend, daß etwa im Bericht der Sektion I bei der Aufzählung von Traditionen und Denkrichtungen, die bei der Neubesinnung auf die biblische Vision von Schöpfungsgemeinschaft hilfreich sein könnten, vor den Einsichten der Wissenschaftler die der Frauen, der Armen und der Urbevölkerung mit ihrer Spiritualität des Landes und der Heiligkeit allen Lebens genannt werden. Daß der ÖRK – nicht erst in Canberra – vor allem die jeweils direkt Betroffenen, die Opfer von Unfrieden, Ungerechtigkeit und ökologischem Raubbau zu Wort kommen lassen möchte, ist grundsätzlich anerkennenswert. Die ständige Verbeugung vor den Opfern kann aber leicht zum Ritual erstarren und geht außerdem nicht selten zu Lasten des erforderlichen Sachverstands im Blick auf ökonomische und politische Zusammenhänge.

Hatte die Vollversammlung von Vancouver den Problemen der indianischen Urbevölkerung Kanadas besondere Aufmerksamkeit geschenkt (auf dem Versammlungsge-

lande wurde z. B. unter entsprechenden Zeremonien von Indianern ein Totempfehl aufgestellt), so galt das Augenmerk in Canberra den „Aborigines“, der seit Beginn der europäischen Einwanderung vor zweihundert Jahren stark dezimierten und in Rückzugsgebiete abgedrängten Urbevölkerung des australischen Kontinents. Vor dem Eröffnungsgottesdienst bat Generalsekretär Castro Verreter der „Aborigines“ in einem rituellen Akt um die Erlaubnis für den ÖRK, seine Versammlung auf ihrem Land abhalten zu dürfen. In einer Erklärung der Vollversammlung über Ureinwohner und ihre Rechte auf das Land hieß es u. a., der ÖRK unterstützte die Selbstbestimmung der „Aborigines“ und bleibe solange mit ihnen solidarisch, bis ihre Rechte in ganz Australien anerkannt würden.

Die wichtigste und auch umstrittenste politische Stellungnahme der Vollversammlung galt dem *Golfkrieg* bzw. den Problemen des Nahen Ostens. Der am letzten Versammlungstag verabschiedete Text, dem vor allem Delegierte aus Großbritannien, Frankreich und den USA die Zustimmung verweigerten, rief den Irak und die Alliierten zu einem sofortigen Waffenstillstand und zu anschließenden Verhandlungen über den Irak-Kuwait-Konflikt im Rahmen der UN auf. Er beklagte u. a. die negativen Auswirkungen des Krieges auf die armen Nationen, wachsende Intoleranz gegenüber Muslimen in verschiedenen westlichen Ländern und die besonderen Opfer, die Frauen und Jugendlichen bei militärischen Konflikten zu tragen hätten. Mit knapper Mehrheit wurde von den Delegierten nach einigem Hin und Her ein Passus abgelehnt, der die Kirchen dazu aufrief, „jegliche theologische und moralische Rechtfertigung“ vom Krieg und militärischer Gewalt aufzugeben. Umstritten war in der Debatte über die Golf- bzw. Nahosterklärung vor allem auch die Haltung gegenüber *Israel*, wobei hier die Fronten vor allem zwischen Delegierten aus europäischen Kirchen und solchen aus dem Nahen Osten verliefen.

Streit um den Heiligen Geist

Für heftige Debatten sorgte in Canberra neben dem Golfkrieg vor allem eines der beiden Referate, die in das Thema der Vollversammlung „Komm Heiliger Geist – Erneure die ganze Schöpfung“ einführten. Die reformierte Theologieprofessorin *Chung Hyun-Kyung* aus Südkorea begann ihren Vortrag mit einer Anrufung verschiedener „Geister“, vom Geist der alttestamentlichen Hagar über den Geist der Opfer der Kreuzzüge und des Holocausts bis zum „Geist des Regenwalds am Amazonas“ und zum „Geist der Erde, des Wassers und der Luft, die durch menschliche Geldgier geplündert, gequält und ausgebeutet werden“. An letzter Stelle der Litanei nannte sie den „Geist des Befreiers, unseres Bruders Jesus“. Frau Chung, die sich verschiedentlich auf religiöse Vorstellungen der koreanischen Tradition und anderer asiatischer Völker bezog, kontrastierte den todbringenden „bösen“ Geist Mammon mit dem lebensschaffenden Pfingstgeist; sie plädierte für eine Überwindung des abendländischen

Anthropozentrismus zugunsten eines „lebenszentrierten“ Denkens, des Dualismus zugunsten eines Denkens in wechselseitigen Beziehungen und der (patriarchalischen) „Kultur des Todes“ zugunsten einer „Kultur des Lebens“.

Der Hauptvorwurf an die Adresse der südkoreanischen Theologin war, sie vermische *synkretistisch* die christliche Rede vom Heiligen Geist mit Geistvorstellungen aus anderen Religionen und gehe damit bei der grundsätzlich legitimen Inkulturation des Glaubens zu weit. Neben heftiger Kritik wurde von Delegierten aber auch Verständnis für einen solchen Ansatz geäußert, etwa mit dem Hinweis darauf, daß die westliche Theologie nicht das Maß aller Dinge sein könne und im Ökumenischen Rat Platz für verschiedene theologische Methoden sein müsse. Frau Chung warb in der Diskussion über ihren Vortrag für das Recht eigenständiger Theologien aus den Kulturen der Dritten Welt. Man habe zweitausend Jahre lang auf die intellektualistische abendländische Theologie gehört, jetzt müßten die Abendländer auch auf das „neue Paradigma“ der Dritte-Welt-Theologien hören; deren theologische Sprache sei vom Geheimnis, von der Dichtung und vom Befreiungskampf geprägt.

Kritik an der asiatisch durchwirkten Geisttheologie von Frau Chung kam vor allem auch von orthodoxer Seite. So wandte sich *Witalij Borowoj*, früherer langjähriger Vertreter des Moskauer Patriarchats beim ÖRK, gegen eine Überbewertung der Kultur; es sei vielmehr Aufgabe des Christentums, fremde Kulturen zu christianisieren. Einem orthodoxen Vertreter war auch das andere einführende Referat zum Vollversammlungsthema übertragen worden. Der griechisch-orthodoxe Patriarch *Parthenios* von Alexandrien lieferte eine eindringliche theologische Meditation über den Heiligen Geist als Lebensprinzip der Kirche und als Movens der ökumenischen Bewegung hin zur sichtbaren Einheit. Parthenios rief die traditionsreichen und die jungen Kirchen im Ökumenischen Rat zu gegenseitiger Rücksichtnahme und Hilfe auf und betonte, daß der Dialog der Christen mit anderen Religionen und Ideologien deren Freiheit respektieren müsse; die Bemühungen um Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung schloß er ausdrücklich in die vom Heiligen Geist angetriebene Sendung der Kirche bzw. des ÖRK ein.

Das im ÖRK nicht erst seit Canberra strittige Thema „Christentum – nichtchristliche Religionen“ hat auch in den Sektionsberichten der Vollversammlung seinen Niederschlag gefunden. So betont der Bericht von Sektion IV, der Heilige Geist sei bei allen Völkern und Religionen am Werk, ruft aber gleichzeitig zu Unterscheidung der Geister in der Begegnung mit anderen Religionen auf: Wichtigstes Kriterium sei, daß nach christlichem Verständnis der Heilige Geist der Geist Christi sei, auf Kreuz und Auferstehung verweise und das Herrsein Christi bezeuge. Der Bericht von Sektion III beschreibt den Dialog mit anderen Religionen als „authentische Form des christlichen Zeugnisses“ und plädiert für die Entwicklung einer „Kultur des Dialogs“.

Dieser Bericht enthält auch eine Erklärung über die *Einheit der Kirche als Gabe und Berufung*, die auf eine von der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung ausgearbeitete Vorlage zurückgeht. Der dichte Text beschreibt mit einem inzwischen sowohl in der ökumenischen wie katholischen Diskussion über das Wesen der Kirche prominenten Begriff als „Koinonia“ (communio) und nennt als notwendige Elemente dieser Koinonia: Das gemeinsame Bekenntnis des apostolischen Glaubens; ein gemeinsames sakramentales Leben, das in der einen Taufe seinen Anfang nehme und in einer eucharistischen Gemeinschaft gemeinsam gefeiert werde; ein Leben in gegenseitiger Versöhnung und Anerkennung der Ämter; die gemeinsame Sendung im Zeugnis von der Gnade Gottes an alle Menschen und im Dienst an der ganzen Schöpfung. Das Ziel der Suche nach voller Gemeinschaft sei erreicht, „wenn alle Kirchen dazu in der Lage sind, sich gegenseitig als eine, heilige, katholische und apostolische Kirche in ihrer Fülle anzuerkennen“. Als Schritte zu diesem Ziel werden die Mitgliedskirchen des Rates aufgefordert, auf der Grundlage der Lima-Erklärung die Taufe gegenseitig anzuerkennen, Formen eucharistischer Gastfreundschaft in Erwägung zu ziehen und sich um eine gegenseitige Anerkennung der Ämter zu bemühen.

Im Verhältnis zu Rom bleibt es beim Status quo

In der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung arbeitet die katholische Kirche als Vollmitglied mit. Eine Mitgliedschaft im ÖRK steht aber auch nach der siebten Vollversammlung nicht zur Debatte. In Canberra war die katholische Kirche wie auf der letzten Vollversammlung mit einer 23köpfigen Beobachterdelegation aus Bischöfen und Theologen vertreten; geleitet wurde sie vom Präsidenten des Päpstlichen Rates für die Förderung der Einheit der Christen, Erzbischof *Edward Cassidy*, einem gebürtigen Australier. Cassidy überbrachte der Versammlung eine *Botschaft* Johannes Pauls II., in der der Papst von Fortschritten auf dem Weg zur Einheit seit der Vollversammlung von Vancouver sprach und dabei eigens die Beschäftigung der Kirchen mit den Lima-Erklärungen nannte. Die Schwierigkeiten, mit denen man bei den ökumenischen Bemühungen zu kämpfen habe, sollten nicht entmutigen, sondern zu neuen Anstrengungen anspornen.

Canberra bekräftigte den Status quo im Verhältnis zwischen Genf und Rom (Zusammenarbeit in Teilbereichen, Spannungen aufgrund der unterschiedlichen sozial-ethisch-politischen Vorgehensweisen und des klärungsbedürftigen Selbstverständnisses des ÖRK); gleichzeitig wurden organisatorisch die Weichen neu gestellt: Die Vollversammlung beschloß eine zahlenmäßige Halbierung der *Gemeinsamen Arbeitsgruppe* von ÖRK und katholischer Kirche und eine *Konzentration* ihrer Tätigkeit in den nächsten Jahren auf die Überprüfung der Beziehungen zwischen dem Rat und der katholischen Kirche und die Aufarbeitung der Hindernisse für eine Vertiefung

dieser Beziehungen. Diese Aufgabe der Gemeinsamen Arbeitsgruppe (neben ihr soll es zukünftig eine kleinere *Koordinierungsgruppe* für die Zusammenarbeit zwischen ÖRK und katholischer Kirche auf einzelnen Arbeitsfeldern geben) soll im Kontext der gegenwärtigen Überlegungen zum Selbstverständnis des Ökumenischen Rates und zur Neubestimmung seiner Ziele angesiedelt sein.

Daß ein solcher *Klärungsprozeß* höchst notwendig ist, hat sich bei der Vollversammlung von Canberra in mehrfacher Hinsicht gezeigt. Der württembergische Oberkirchenrat *Walter Arnold*, in Canberra Mitglied der EKD-Delegation und Mitglied des bisherigen wie des neugewählten ÖRK-Zentralausschusses, sprach in einem Bericht vor der Landessynode von einem „Scheidepunkt“, an dem sich der Rat derzeit befinde. Es gehe darum, ob der ÖRK sich stärker um die sichtbare Einheit der Kirchen kümmere oder zu einer Bewegung werde, die sich für eine radikale Änderung von Lebensverhältnissen einsetze und dabei mehr und mehr Menschen außerhalb der Kirchen zu gewinnen suche. In Canberra war im ganzen das Thema Einheit eher unterbelichtet. Dagegen häuften sich in den Sektionsberichten Forderungen nach immer neuen Aktivitäten des ÖRK zugunsten neuer Weltordnungen für Wirtschaft oder Kommunikation und zur Unterstützung verschiedenster Basisinitiativen und Netzwerke für mehr Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbewahrung.

Deutliche Anfragen und Warnungen im Blick auf den Kurs des ÖRK äußerten in Canberra die *orthodoxen Delegierten und Teilnehmer* in einem Papier, das der Vollversammlung vorgelegt wurde. Auch in dieser Erklärung wird Canberra als „entscheidender Punkt in der Geschichte des ÖRK“ bezeichnet. Im einzelnen kritisieren die orthodoxen Teilnehmer eine zunehmende Abweichung des Rates vom biblisch begründeten christlichen Verständnis Gottes, der Erlösung, des Menschen und der Kirche. Sie zeigen sich besorgt über ein Verständnis des Dialogs mit den Religionen, das nicht genügend auf die Integrität des christlichen Glaubens achte und über die Tendenz, „an die Stelle des Heiligen Geistes einen ‚privaten‘ Geist, den Geist der Welt oder andere Geister zu setzen“. Abschließend wird die Frage gestellt: „Ist die Zeit für die orthodoxen Kirchen und andere Mitgliedskirchen gekommen, ihre Beziehungen zum Ökumenischen Rat der Kirchen zu überprüfen?“

Die orthodoxen Gravamina sind nicht neu, wurden aber durch manche Äußerungen in Canberra wie den Vortrag der koreanischen Theologin nochmals verschärft. Daß der orthodoxe Warnschuß durchaus gehört wurde, zeigte sich bei der ersten Tagung des in Canberra (unter großen Mühen und mit unschönen Querelen) neu gewählten Zentralausschusses unmittelbar nach der Vollversammlung: Der Ausschuß wählte erstmals einen Vertreter der orthodoxen Mitgliedskirchen zu seinem Vorsitzenden. Nachfolger von Bischof *Heinz-Joachim Held*, dem Leiter des EKD-Außenamtes, wurde jetzt der armenische Erzbischof *Aram Keshishian* aus dem Libanon. Der Zentralausschuß wählte bei seiner ersten Tagung auch eine

18köpfige Kommission, die sich auf die Kandidatensuche für die Nachfolge von Generalsekretär Emilio Castro machen soll. Dessen Amtszeit läuft Ende 1992 ab.

Nicht länger im eigenen Saft schmoren

Die Vorgaben für die Arbeit des Ökumenischen Rates in den von der Vollversammlung verabschiedeten *Programmrichtlinien* sind eher unbestimmt und additiv ausgefallen und lassen kein klares Profil erkennen. So heißt es etwa, die Hauptaufgabe des ÖRK bestehe darin, die Kirchen durch Programme, die der Versöhnung und Heilung dienen, auf das Ziel der sichtbaren Einheit im Kontext der Einheit der ganzen Menschheit zu verpflichten. Der Rat müsse sich auch weiterhin mit den „geistlichen und körperlichen Krankheitszuständen“ befassen, wie sie sich bei Menschen äußerten, die ein unerfülltes Leben führten und die durch ungerechte sozioökonomische Systeme entstünden. Die Vertiefung der Solidarität der Kirchen mit den Frauen in Kirche und Gesellschaft solle einen zentralen Platz in der Arbeit des Ökumenischen Rates einnehmen.

Die zahlreichen Forderungen nach neuen Programmen, Konsultationen und Initiativen des Rates, die sich in den

Berichten der Vollversammlung finden, dürften allerdings größtenteils Makulatur bleiben. Der Finanzausschuß führte den Delegierten in Canberra ungeschminkt die *prekäre finanzielle Situation* des Ökumenischen Rates vor Augen, die eine schnelle und umfassende Überprüfung der Organisationsstruktur und des Personalbestandes verlange. Der neue Zentralausschuß soll für das Arbeitsprogramm des ÖRK Prioritäten setzen und sich über Zahl, Zusammensetzung und Arbeitsstil von künftigen Weltkonferenzen und Konsultationen Gedanken machen. *Pläne für eine Neustrukturierung der Programmarbeit* wurden in den letzten Jahren erstellt und diskutiert, entsprechende Beschlüsse stehen aber noch aus. Entscheidend dürfte für den weiteren Weg des Ökumenischen Rates sein, daß er nicht im eigenen Saft schmort und eingefahrene Arbeitsweisen und ideologisch-theologische Vorlieben (aus Mangel an Phantasie oder aus Überzeugung) weiter kultiviert, sondern sich im intensiven Gespräch mit seinen inzwischen 317 Mitgliedskirchen wie auch mit den Kirchen und christlichen Gemeinschaften, die ihm nicht angehören, um eine realistische Standortbestimmung im Ganzen der ökumenischen Bewegung bemüht. Mit „business as usual“ ist dem Ökumenischen Rat gerade nach dem in vieler Hinsicht ernüchternden Verlauf der siebten Vollversammlung nicht zu helfen.

Ulrich Rub

Läßt sich Glaubenswahrheit absichern?

Die begrenzte Aufgabe des kirchlichen Lehramts

Die Möglichkeiten einer formalen Sicherung von Glaubenswahrheiten sind begrenzt; lehrantliche Qualifizierungen von Glaubenssätzen können die lebendige Bezeugung der Glaubenswahrheit in der Kirche nicht ersetzen. Das ist die Grundaussage der folgenden Überlegungen des Innsbrucker Fundamentaltheologen Karl-Hermann Neufeld SJ zur gegenwärtigen Diskussion über die Rolle des Lehramts bei der Sicherung und Verteidigung der Glaubenswahrheit. Ausgehend von der Lehre von den „theologischen Qualifikationen“ weist Neufeld auf die Grenzen einer formalen Absicherung des Glaubens hin und warnt davor, in Ausnahmefällen notwendige Abgrenzungen zum Normalzustand im Umgang mit dem Glaubensgut zu machen: Das Lehramt muß in die ganze Breite der lebendigen Bezeugung des Glaubens eingebunden sein.

Das postum 1563 erschienene Werk Melchior Canos „De locis theologicis“ nennt bezeichnenderweise das *Lehramt* als theologische Erkenntnisquelle noch nicht ausdrücklich. Dabei bietet es zehn verschiedene Referenzpunkte, von denen sieben zu den eigentlichen und drei zu den hilfweise von anderswoher heranzuziehenden zählen. Die konstitutiven Erkenntnisquellen sind für ihn zwei: die Hl. Schrift und die Tradition. Danach nennt er fünf Refe-

renzpunkte für die Ausdeutung der Offenbarung, die der Sache nach umfassen, was heute unter dem Sammelbegriff *Lehramt* gefaßt wird. Cano nennt der Reihe nach: die katholische Kirche, die Konzilien, die römische Kirche, d.h. den Papst, die Kirchenväter und die scholastischen Theologen. Schließlich führt er als hilfweise heranzuziehende Referenzen an: den menschlichen Verstand, die Philosophen und die Menschheitsgeschichte. Diese Einteilung mutet gegenüber dem heute Gewohnten eher fremd an. Das erklärt sich indes leicht aus der Tatsache, daß die eigentliche Lehramtsproblematik in der katholischen Kirche erst im Gefolge der Reformation und ihrer massiven Betonung des Lehrens akut wurde. Zwar gab es die Sache, aber ihre Rolle und ihre Bedeutung erfuhr in der Auseinandersetzung mit dem Protestantismus eine tiefgreifende Wandlung. Und das hatte Folgen sowohl für den Begriff wie für den weiteren Umgang mit lehrantlichen Entscheidungen. Waren sie im Mittelalter vornehmlich Aufgabe der großen theologischen Fakultäten gewesen, so gingen sie nach dem Konzil von Trient immer mehr an Bischofssynoden und vor allem an den Hl. Stuhl über. Papst Paul III. schuf 1542 die „Congregatio Romanae et universalis Inquisitionis“, das spätere Hl. Offizium, die heutige Glaubenskongregation, als Behörde in